

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

Krieg in der Ukraine

Verworfen und verschobene Pläne junger
Menschen in der Corona-Pandemie

Kinderschutz zwischen Schule und Jugendamt

Zur Regulation des analog-digitalen Alltags
junger Menschen in der stationären Erziehungs-
hilfe und im Internet

Vertrauensaufbau zwischen geflüchteten Eltern
und frühpädagogischen Angeboten

Sexualisiert übergriffige Kinder und Jugendliche
in der stationären Jugendhilfe

Herausgeber*in

Karin Böllert, Hans-Uwe Otto †, Hans Thiersch

Redaktion

Karin Böllert (verantwortlich), Münster; Gaby Flösser, Dortmund; Rainer Treptow, Tübingen; Holger Ziegler, Bielefeld.

Redaktionsanschrift

Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft, AG 8 Soziale Arbeit
Postfach 100131, 33501 Bielefeld
e-mail: redaktion-neuepraxis@uni-bielefeld.de

Beirat

Pascal Bastian, Koblenz-Landau; Roland Becker-Lenz, Olten (CH); Maria Bitzan, Esslingen; Karin Bock, Dresden; Rita Braches-Chyrek, Bamberg; Karl-Heinz Braun, Magdeburg-Stendal; Margrit Brückner, Frankfurt/M.; Zoe Clark, Siegen; Peter Cloos, Hildesheim; Thomas Coelen, Siegen; Margret Dörr, Mainz; Bernd Dollinger, Siegen; Thomas Feltes, Bochum; Jörg Fischer, Erfurt; Thomas Gabriel, Dübendorf (CH); Klaus Grunwald, Stuttgart; Reinhard Hörster, Halle/S.; Bettina Hünersdorf, Halle/S.; Marile Karsten †, Lüneburg; Fabian Kessl, Wuppertal; Heiner Keupp, München; Thomas Klie, Freiburg; Alban Knecht, Klagenfurt (A); Björn Kraus, Freiburg; Nadia Kutscher, Köln; Veronika Magyar-Haas, Fribourg (CH); Peter Marquard, Bremen; Stephan Maykus, Osnabrück; Nina Oelkers, Vechta; Ullrich Otto, Zürich (CH); Andreas Polutta, Villingen-Schwenningen; Heike Radvan, Cottbus; Thomas Rauschenbach, München; Kim-Patrick Sabla, Vechta; Philipp Sandermann, Lüneburg; Andreas Schaarschuch, Wuppertal; Albert Scherr, Freiburg; Stefan Schnurr, Muttenz (CH); Mark Schrödter, Kassel; Wolfgang Schröer, Hildesheim; Mike Seckinger, München; Marc Ansgar Seibel, Koblenz; Christian Spatscheck, Bremen; Heinz Sünker, Wuppertal; Nina Thieme, Kassel; Werner Thole, Kassel; Wolfgang Trede, Tübingen; Jan V. Wirth, Bückeburg; Ulrike Voigtsberger, Hamburg

Verlag

Verlag neue praxis GmbH,
Lahneckstr. 10, 56112 Lahnstein
Tel. 02621 187159
Fax 02621 187176
E-mail: info@verlag-neue-praxis.de
Bankkonto: Volksbank Rhein-Lahn
BLZ 57092800
Kto.-Nr. 200240715

IBAN: DE95570928000200240715
BIC: GENODE51DIE (Ort Diez)

Alleingesellschafterin:
Ute C. Renda-Becker

Bezugspreis

Die np erscheint 6 x jährlich.
Einzelheft 20,- €,
Jahresabonnement 81,- €,
Studierendenabonnement 66,- €. Die SLR (erscheint 2 x jährlich) kostet im Kombiabonnement mit der np 21,- € zzgl. Zustellgebühr

Das Abonnement der *neuen praxis* ist schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende eines Kalenderjahres kündbar. Probeabonnements, die nicht acht Tage nach Erhalt des letzten Probeheftes schriftlich gekündigt werden, gehen automatisch in ein Jahresabonnement über.

ISSN 0342-9857

Anzeigen

Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 19 vom 1.1.2006

Verwaltung und Auslieferung

Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

Satz

MedienServiceCenter Ute C. Renda-Becker, Lahnstein

Druckerei und Lieferanschrift für Beilagen

Rewi Druckhaus, Wiesentraße 11,
57537 Wissen

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Porto beigefügt ist. Die Zeitschrift kann durch die Buchhandlung und direkt vom Verlag bezogen werden. Alle Rechte, auch die der fotomechanischen Wiedergabe sind vorbehalten.

Manuskriptangebote senden Sie bitte per E-Mail direkt an: neuepraxis@uni-bielefeld.de. Alle Beiträge durchlaufen ein blind-peer-review-Verfahren.

Copyright

© Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

Die neue praxis wird regelmäßig im »Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS« des Informationszentrums Sozialwissenschaften (Lennéstr. 30, 53113 Bonn) erfasst.

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

52. Jahrgang 2022/Heft 1

KRIEG IN DER UKRAINE

3

BEITRÄGE

Anna Lips

»Alles muss neu gedacht und geplant werden«

Verworfen und verschobene Pläne junger Menschen in der Corona-Pandemie 7

Jennifer Buchna/Christine Demmer

Kinderschutz zwischen Schule und Jugendamt.

Eine Sekundäranalyse der Kinder- und Jugendhilfestatistik zu Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII 23

Jessica Feyer/Carina Schilling/Tanja Rusack/Wolfgang Schröer

Responsibilisierungsprozesse zur Regulation des analog-digitalen Alltags junger Menschen.

Eine Dokumentenanalyse in der stationären Erziehungshilfe und im Internet 41

Laura Wenzel/Hila Kakar/Philipp Sandermann

Vertrauensaufbau zwischen geflüchteten Eltern und frühpädagogischen Angeboten.

Ausgewählte Ergebnisse einer explorativen Mixed-Methods-Studie 61

Linda Schumilas

Sexualisiert übergreifige Kinder und Jugendliche.

Sozialpädagogische Interventionen in der stationären Jugendhilfe 82

ESSAY

Benno Hafener

Corona-Zeiten: Vernachlässigte Reflexionen in pädagogischen Welten 100

NACHRUF

Klaus Kraimer

Soziale Arbeit als Profession im Modus operandi stellvertretender Krisenbewältigung.

Zur Erinnerung an Ulrich Oevermann (1940-2021) 106

NP-AKTUELL

Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit 2022 112

● Anhand der Daten der im Dezember 2021 durchgeführten dritten JuCo Studie wirft *Anna Lips* einen Blick darauf, welche Pläne welche jungen Menschen im Zuge von zwei Jahren der Corona-Pandemie nicht realisieren konnten, wie das Verschieben oder Verwerfen von Plänen in Zusammenhang mit aktueller Stimmung und Wohlbefinden steht. »Jugend« wird in dem Beitrag als entgrenzte und pluralisierte Lebensphase verstanden, die sich nicht an klaren Altersgrenzen festmacht, in der sich verschiedene Lebensbereiche noch stärker als zuvor miteinander verbinden, in der Mobilität und Migration eine zentrale Rolle spielen und die von vielfachen, nebeneinander herlaufenden (Yoyo-)Übergangsprozessen geprägt ist.

● Auf politisch-rechtlicher Ebene werden die Schule, die innerorganisationale Zusammenarbeit schulischer Fachkräfte sowie die interorganisationale Kooperation mit der öffentlichen und freien Jugendhilfe zunehmend und zugleich in ambivalenter Form als wichtige Komponenten im Kinderschutz adressiert. Nach einer Skizzierung der bisherigen Studienlage wird von *Jennifer Buchna* und *Christine Demmer* zunächst das empirische Wissen zu diesem Themenfeld erweitert. Im Zentrum steht die Rolle der Schule innerhalb der seitens des Jugendamtes bearbeiteten Kindeswohlgefährdungsmeldungen. Die Ergebnisse werden kritisch diskutiert und empirische Anschlussmöglichkeiten abgeleitet, um zu einer systematischeren Erörterung des (kooperativen) Kinderschutzes zwischen Schule und Jugendamt beizutragen.

● Der Beitrag von *Jessica Feyer*, *Carina Schilling*, *Tanja Rusack* und *Wolfgang Schröer* fokussiert die Ergebnisse der im Rahmen des Verbundprojektes »24/7 – Pädagogik – digital: Gelingende Digitalisierung in Heimen und Internaten« durchgeführten Dokumenten-

analyse und macht deutlich, wie in der stationären Erziehungshilfe nach § 34 SGB VIII und in Internaten der analog-digitale Alltag pädagogisch geordnet wird. Im Ergebnis zeigt sich, dass im Kontext dieser Digitalität Regulierungen vorgenommen werden, die sich vor allem als Responsibilisierungsprozesse beschreiben lassen.

● Für eine dauerhaft gelingende Teilhabe an frühpädagogischen Angeboten kommt der Kooperation zwischen frühpädagogischen Fachkräften und fluchterfahrenen Eltern eine entscheidende Rolle zu. *Laura Wenzel*, *Hila Kakar* und *Philipp Sandermann* beleuchten den elterlichen Vertrauensaufbau gegenüber frühpädagogischen Angeboten als interpersonal und organisational kontextspezifisches Setting und stellen ein analyseleitendes Modell zum elterlichen Vertrauen im Kontext frühpädagogischer Angebote vor. Darauf aufbauend werden die empirischen Fragestellungen samt einiger forschungsleitender Annahmen genauer skizziert und Angaben zur methodischen Umsetzung sowie ausgewählte Ergebnisse samt Diskussion vorgestellt.

● *Linda Schumilas* zeigt in ihrem Beitrag auf, wie sich die Praxis der Sozialen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden, die sexualisiert übergriffig oder grenzverletzend geworden sind, vor dem Hintergrund des Balanceaktes zwischen Prävention und Entwicklungsmöglichkeiten ausgestaltet. Da Gegenstand der Untersuchung ausschließlich männliche Kinder und Jugendliche sind, lautet die forschungsleitende Frage: Wie stellt sich die sozialpädagogische Arbeit mit sexualisiert übergriffigen Jungen in der stationären Jugendhilfe aus Sicht der Fachkräfte dar? Zur Beantwortung der Frage werden fünf leitfadengestützte Interviews mit sozialpädagogischen Fachkräften aus fünf Einrichtungen kategoriengeleitet ausgewertet.

Krieg in der Ukraine



01. März 2022

Offener Brief

Kinder und Jugendliche jetzt unterstützen – Kinder- und Jugendpolitik angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine

Kinder und Jugendliche erleben gegenwärtig – wie wir alle – brutale Zeiten. Kinder und Jugendliche in der Ukraine sind gegenwärtig vom Krieg unmittelbar betroffen. Der Krieg gefährdet ihr Leben und versetzt sie in Angst. Nicht alle Kinder und Jugendlichen haben dabei ein Umfeld, in dem sie unterstützt werden und das mit ihnen die Bedrohungen gemeinsam durchleben kann.

Zudem werden Kinder und Jugendliche gegenwärtig zur Flucht gezwungen oder befinden sich bereits auf der Flucht. Weiterhin gibt es viele Kinder und Jugendliche in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, die Verwandte und Freund*innen in der Ukraine haben. Alle diese Kinder und Jugendlichen sind unmittelbar und mittelbar vom Krieg betroffen. Aber auch junge Menschen, deren Familien aus Russland stammen, sind damit u.U. konfrontiert, um das Leben derjenigen Familienangehörigen fürchten zu müssen, die den Mut aufbringen gegen den Krieg Position zu beziehen.

Zudem müssen alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland, die gegenwärtig mit den Bildern des Krieges konfrontiert werden, diese durchleben und verarbeiten. Sie sehen durch die Berichterstattung einen Krieg, den sie so bisher nicht kannten, das Aufwachsen in Frieden hat seine Selbstverständlichkeit verloren.

Entsprechend sind die Kinder- und Jugendpolitik, die Kinder- und Jugendhilfe und alle pädagogischen Organisationen, die mit jungen Menschen zusammenarbeiten, aktuell aufgefordert, Ängste der jungen Menschen ernst zu nehmen, sie in der Bearbeitung der beunruhigenden Erfahrungen zu unterstützen und die gegenwärtige Situation gemeinsam mit ihnen zu thematisieren, ihr Eintreten gegen Krieg und für Frieden zu fördern und zu begleiten:

1. Es sind – erstens – Programme aufzulegen, um insbesondere Kinder und Jugendliche in der Ukraine unmittelbar zu unterstützen und ihnen Hilfsgüter, aber auch Schutz- und Bildungsangebote zukommen zu lassen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein gewaltfreies Aufwachsen. Dieses wird gegenwärtig in der Ukraine außer Kraft gesetzt und massiv verletzt.
2. Es sind – zweitens – alle Kinder und Jugendlichen auf der Flucht – insbesondere gegenwärtig junge Menschen aus der Ukraine – in ihren sozialen und psychischen Bedarfen zu begleiten und mit ihnen unbürokratisch sichere Orte ihres Aufenthalts zu schaffen. Familien, die Verwandte aus der Ukraine aufnehmen, sind zu unterstützen.
3. Es sind – drittens – alle Einrichtungen, in denen junge Menschen leben, gefordert, insbesondere in Schulen und in der Kinder- und Jugendhilfe, mit jungen Menschen die Berichterstattung und Bilder des Krieges zu verarbeiten, ihnen zuzuhören, Dialogbereitschaft zu signalisieren, Gesprächsangebote zu unterbreiten.

Die als europäische Zeitenwende beschriebene Aggression gegen die Ukraine macht auch vor der Kinder- und Jugendpolitik, den Bildungseinrichtungen und der Kinder- und Jugendhilfe nicht halt. Mit diesem offenen Brief möchten wir auf die hieraus erwachsenen besonderen Herausforderungen hinweisen.

Das Eintreten für ein friedliches Europa, für die Universalität der Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht von Ländern und den Schutz von jungen Menschen ist zwar gelebte Praxis; diese hat aber angesichts des Krieges in der Ukraine eine Dringlichkeit erfahren, die noch vor wenigen Wochen kaum vorstellbar war. Und diese Praxis aktualisiert sich nicht mehr aus der Position einer Friedenssituation heraus, sondern agiert vor dem Hintergrund eines Bedrohungspotentials, das für die große Mehrzahl der jungen Menschen bislang völlig unbekannt war.

Denken Sie jetzt daran, mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam Ängste und Erfahrungen zu teilen. Helfen Sie, junge Menschen in der Ukraine zu unterstützen.

Prof. Dr. Karin Böllert, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)

Prof. Dr. Wolfgang Schröder, Vorsitzender des Bundesjugendkuratoriums (2019-2021)

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik, Deutsches Jugendinstitut e. V.



Fachstelle für Internationale Jugendarbeit
der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Bonn, 25.02.2022

Frieden für die Ukraine und Europa

Stellungnahme von IJAB zur Aggression Russlands gegen die Ukraine

Am Morgen des 24. Februar 2022 sind russische Truppen zu einem großflächigen Angriff auf die Ukraine übergegangen. Wir sind darüber entsetzt. Damit wird das Völkerrecht in eklatanter Weise gebrochen. Russland hat zudem alle – von ihm selbst unterschriebenen – bi- und multilateralen Verträge verletzt, die die territoriale Integrität der Ukraine garantierten. Dabei handelt es sich nicht nur um einen Angriff auf die Ukraine, es handelt sich um einen Angriff auf die europäische Friedensordnung und auf demokratische, freiheitliche und weltoffene Gesellschaften.

Unsere Gedanken sind bei den Menschen in der Ukraine, die dieser Aggression ausgesetzt sind. Dies gilt in besonderer Weise für die jungen Menschen, denen die Möglichkeit genommen wird, friedlich aufzuwachsen und ein selbstbestimmtes Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu führen.

Europäische und Internationale Jugendarbeit setzt sich ein für den Frieden in der Welt, für den Gedanken der Aussöhnung, den respektvollen Umgang miteinander und für die friedliche Lösung von Konflikten. Alle diese Werte werden durch die russische Aggression gegenüber der Ukraine mit Füßen getreten. Wir können diese Werte gegenüber jungen Menschen nicht glaubwürdig vertreten, wenn wir jetzt schweigen.

Zwischen Deutschland und der Ukraine bestehen vielfältige europäisch eingebundene, nationale, regionale, lokale und persönliche Bindungen – sowohl im institutionellen, wie auch im zivilgesellschaftlichen Bereich. Dies betrifft auch den Jugend- und Fachkräfteaustausch zwischen Jugendorganisationen, Kommunen, Kirchen und der gesamten Trägerlandschaft der Europäischen und Internationalen Jugendarbeit in beiden Ländern. Diese gewachsenen Partnerschaften müssen nun unter schwierigsten äußeren Bedingungen ihre Ernsthaftigkeit und Tragfähigkeit beweisen und genutzt werden, um aktive Solidarität zu zeigen und die Menschen in der Ukraine nicht sich selbst zu überlassen.

Die Träger der Europäischen und Internationalen Jugendarbeit werden Verantwortung übernehmen, indem sie alle diese gewachsenen Verbindungen nutzen, um unsere Partner in der Ukraine zu unterstützen. IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. ruft die Politik auf allen Ebenen dazu auf, dort Unterstützung zu ermöglichen, wo sie benötigt wird, insbesondere im humanitären Bereich.

Darüber hinaus rufen wir das gesamte Feld der Europäischen und Internationalen Jugendarbeit in Deutschland dazu auf,

- Informationen von Partnern in der Ukraine öffentlich zu machen und generell über die Situation im Land zu informieren,
- gezielter Falschinformation durch russische Medien öffentlich entgegenzutreten,
- humanitäre Initiativen der ukrainischen Zivilgesellschaft zu unterstützen,
- sich an öffentlichen Protesten gegen die russische Aggression zu beteiligen
- und falls noch keine Aktionsbündnisse vor Ort vorhanden sind, diese gemeinsam mit anderen zu initiieren.

Über IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.

IJAB fördert und gestaltet als Fachstelle die internationale Jugendarbeit und die internationale jugendpolitische Zusammenarbeit – mit den Ländern Europas und weltweit. IJAB führt Projekte zu jugendpolitischen Fragen mit internationalen Partnern durch, unterstützt den Wissensaustausch in der Kinder- und Jugendhilfe und vernetzt hierfür Akteure im In- und Ausland. IJAB informiert und berät Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Politik und Verwaltung und bietet Qualifizierung, Fachkräfteaustausch, Arbeitshilfen und Fachpublikationen an. Junge Menschen berät die Fachstelle zu Auslandsaufenthalten und Fördermöglichkeiten. IJAB ist im Auftrag des BMFSFJ, der Europäischen Kommission, seiner Mitglieder und anderer Akteure im Bereich Jugend tätig.

Anna Lips

»Alles muss neu gedacht und geplant werden«

Verworfen und verschobene Pläne junger Menschen in der Coronapandemie

1 Einleitung

Januar 2022 – bereits seit fast zwei Jahren werden in Deutschland und vielen anderen Ländern Hygiene- und Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie politisch beschlossen und umgesetzt. Die Maßnahmen reichten dabei in den unterschiedlichen Phasen der Pandemie von Hygienemaßnahmen über Kontaktbeschränkungen bis hin zu so genannten (Teil-)Lockdowns. In der politischen wie medialen Diskussionen um Jugendliche und junge Erwachsene wurden vor allem in den ersten Monaten der Pandemie, neben Appellen an die Solidarität junger Menschen oder der Zuschreibung eines Fehlens eben dieser (vgl. Gravelmann, 2020: 39), ihre schulische Qualifizierung und deren Organisation thematisiert (vgl. Voigts, 2020: 217, Andresen et al., 2020a: 12). Auch im weiteren Verlauf der Pandemie blieben insbesondere auf politischer Ebene qualifikationsbezogene Aspekte Mittelpunkt in der Diskussion um junge Menschen (vgl. Andresen et al., 2022: 3). Qualifizierung stellt auch aus Sicht der jungen Menschen selbst ein zentrales Merkmal ihres Lebens und der Entwicklungsphase des Jugend- und jungen Erwachsenenalters dar und viele der Gedanken und Pläne junger Menschen sind auf diesen Aspekt ihres Lebens bezogen (vgl. Leven/Quenzel/Hurrelmann, 2019: 165, Calmbach et al., 2020: 227). Gleichwohl vernachlässigt diese ausschließliche Fokussierung jedoch relevante Charakteristika der Lebenslagen junger Menschen und übersieht, dass Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die vielfältigen Beschränkungen wichtige Erfahrungen der Jugendphase und des jungen Erwachsenenalters möglicherweise erschwert oder gar verunmöglicht werden, sie vielfältige Pläne verschieben, verändern oder gar verwerfen mussten (vgl. AGJ, 2020; Andresen et al., 2021; Hübner, 2020, Walper et al., 2021). In diesem Beitrag wird anhand der Daten der im Dezember 2021 durchgeführten dritten JuCo Studie (im Folgenden JuCo III) der Blick auf daraufgelegt, welche Pläne welche jungen Menschen im Zuge von zwei Jahren der Coronapandemie nicht realisieren konnten und, wie das Verschieben oder Verwerfen von Plänen in Zusammenhang mit aktueller Stimmung und Wohlbefinden steht.

»Jugend« wird im vorliegenden Artikel als entgrenzte und pluralisierte Lebensphase verstanden, die sich nicht an klaren Altersgrenzen festmacht, in der sich verschiedene Lebensbereiche noch stärker als zuvor miteinander verbinden, in der Mobilität und Migration eine zentrale Rolle spielen und die von vielfachen, nebeneinander herlaufenden (Yoyo-)Übergangsprozessen geprägt ist (vgl. Krisch/Schröder, 2020: 11; Stauber/Walther, 2016: 139). Das Jugendalter wird in diesem Zusammenhang »als ein Konglomerat von Übergangskonstellationen und Relevanzsetzungen mit vielen Gleich- und Ungleichzeitigkeiten gesehen, in denen unterschiedliche Sphären des persönlichen Lebens miteinander verknüpft sind«

JuCo Studie

mehr auf www.neue-praxis-shop.de

Jennifer Buchna/Christine Demmer

Kinderschutz zwischen Schule und Jugendamt

Eine Sekundäranalyse der Kinder- und Jugendhilfestatistik zu Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII

In den vergangenen Jahren ist die Schule vermehrt als wichtiger Ort zur Sicherung des Kindeswohls in den Blick gerückt. Beispielsweise werden die bundesweiten Schulschließungen im Zuge der aktuellen Corona-Pandemie in der Öffentlichkeit als Risiko markiert, da mögliche Gefährdungen des Kindeswohls durch schulische Akteur*innen nicht erkannt werden könnten (vgl. u.a. Hildebrandt, 15.05.2020). Auch auf politisch-rechtlicher Ebene werden die Schule, die innerorganisationale Zusammenarbeit schulischer Fachkräfte sowie die interorganisationale Kooperation mit der öffentlichen und freien Jugendhilfe zunehmend und zugleich in ambivalenter Form als wichtige Komponenten im Kinderschutz adressiert, wie in Kapitel (1) dargestellt wird. Deshalb ist es umso überraschender, dass das Thema (kooperativer) Kinderschutz in und zwischen Schule und Jugendamt bisher wenig empirisch in den Blick genommen wurde. Nach einer Skizzierung der bisherigen Studienlage (2) wird das empirische Wissen zu diesem Themenfeld auf Ebene einer Sekundäranalyse ausgewählter Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik zu Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII erweitert. Im Zentrum steht die Rolle der Schule innerhalb der seitens des Jugendamtes bearbeiteten Kindeswohlgefährdungsmeldungen (3). Die Ergebnisse werden kritisch diskutiert und empirische Anschlussmöglichkeiten abgeleitet, um zu einer systematischeren Erörterung des (kooperativen) Kinderschutzes zwischen Schule und Jugendamt beizutragen (4).

1 Ambivalente gesetzliche Rahmenbedingungen für das inner- und interorganisationale Handeln

Mit dem Ziel, den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, ist am 1. Januar 2012 das »Bundeskinderschutzgesetz« (BKSchG) in Kraft getreten. In dem in Artikel 1 enthaltenen »Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz« (KKG) wird Schule expliziter als bereits im Rahmen des staatlichen Wächteramtes (Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG) als Akteurin des (kooperativen) Kinderschutzes gesetzlich in die Pflicht genommen. So wird in § 4 KKG ein Vorgehen in Verdachtsfällen von Kindeswohlgefährdung für Berufsheimlichkeitsgeheimnisträger*innen geregelt, zu denen auch Lehrkräfte zählen. Vorgesehen ist ein abgestuftes Verfahren, in dem die Lehrkräfte zunächst die Situation mit den Schüler*innen und ihren Personensorgeberechtigten erörtern und falls erforderlich auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken sollen, sofern der Schutz der betreffenden Schüler*in dadurch nicht gefährdet wird. Kann der Schutz des Kindes nicht gewährleistet werden, ist das Jugendamt zu informieren. Innerhalb dieses Prozesses haben Lehrkräfte wie alle Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, einen

Rechtliche
Verankerung
von Schule im
Kinderschutz

mehr auf www.neue-praxis-shop.de

Jessica Feyer/Carina Schilling/Tanja Rusack/Wolfgang Schröer

Responsibilisierungsprozesse zur Regulation des analog-digitalen Alltags junger Menschen

Eine Dokumentenanalyse in der stationären Erziehungshilfe und im Internat

1 Einleitung

Digitale Medien sind für junge Menschen in den vergangenen beiden Jahrzehnten ein essenzieller Bestandteil ihres Alltags geworden und prägen in hohem Maße ihre Beziehungsgestaltung im Freund*innenkreis und in der Familie, ihre Lehr- und Lernarrangements in Schule, Ausbildung und Studium, Sportvereinen und Jugendarbeit sowie vielfältige weitere Lebensbereiche. Zu beobachten ist dabei eine immer noch anhaltende Zunahme des technischen Vernetzungs- wie auch des kommunikativen Verdichtungsgrads (BITKOM, 2011; DIVSI, 2014; Koch/Frees, 2017; mpfs, 2017a/2017b), die u.a. dazu führt, dass soziale Teilhabe für junge Menschen heute immer auch im direkten Zusammenhang mit digitaler Teilhabe steht (Deutscher Bundestag, 2017; Tillmann, 2020). Es finden sich allerdings einige Hinweise darauf, dass nicht alle jungen Menschen gleichermaßen am digitalen Wandel teilhaben können oder die Möglichkeit haben, diesen mitzugestalten. Insbesondere junge Menschen, die rund um die Uhr (»24/7«) in öffentlicher Erziehung betreut werden, scheinen verstärkt von sozialen Ungleichheiten und deren Reproduktion im Digitalen betroffen zu sein (Iske/Kutscher, 2020: 123 ff.).

Die mangelnden Voraussetzungen für eine digitale Teilhabe aller in sog. 24/7-Einrichtungen lebenden jungen Menschen resultieren für die Einrichtungen in der Notwendigkeit, der Digitalität¹ und der Bedeutung digitaler Medien für ihre Adressat*innen organisational zu begegnen. Dies beinhaltet sowohl die Bereitstellung einer digitalen Infrastruktur (Schilling et al., 2021), als auch die Fokussierung von Fragen der Medienbildung, ein systematischer Einbezug ebendieser in die Konzepte der Einrichtungen sowie die Schaffung eines entsprechenden organisationalen Rahmens (Feyer et al., 2020; Schilling et al., 2021).

Bisher liegen wenig differenzierte empirische Befunde zum analog-digitalen Alltag in 24/7-Einrichtungen vor. Gerade in diesen ist aber davon auszugehen, dass sich nicht nur das konkrete Medienhandeln Einzelner, sondern auch die organisationalen Bedingungen der Erbringung des pädagogischen Angebots und Alltags verändern.

Digitalität in 24/7-Einrichtungen

Soziale Teilhabe durch Digitale Teilhabe

mehr auf www.neue-praxis-shop.de

¹ Wir beziehen uns in diesem Beitrag auf das Konzept der »Digitalität«: Während »Digitalisierung« die digitale und dabei die technische Entwicklung der gesellschaftlichen Lebensbereiche meint, verstehen wir unter »Digitalität« die aus dem Prozess der Digitalisierung resultierende Verknüpfung der digitalen und der analogen Lebenswelt (Stadler, 2016) und fragen nach den Ausprägungen, dem Umgang und der Bedeutung von Digitalität im Kontext von 24/7-Einrichtungen.

Laura Wenzel/Hila Kakar/Philipp Sandermann

Vertrauensaufbau zwischen geflüchteten Eltern und frühpädagogischen Angeboten

Ausgewählte Ergebnisse einer explorativen Mixed-Methods-Studie

1 Einleitung

In den Jahren 2015 bis 2020 sind mehr als 1,8 Millionen Schutzsuchende nach Deutschland zugezogen (vgl. Destatis, 2020). Inzwischen geraten ihre familialen Kontexte verstärkt in den Blick (vgl. Kraus/Sauer/Wenzel, 2019). Hier zeigt sich u.a., dass fluchterfahrene Personen in Deutschland häufig sehr junge Kinder haben, welche ihrerseits wiederum einen erheblichen Anteil der geflüchteten Personen ausmachen (vgl. Bujard u.a., 2020). Damit wird die zentrale Bedeutung frühpädagogischer Angebote ersichtlich. Hierzu zählen Kindertageseinrichtungen und -pflege(stellen), aber auch Angebote der Familienbildung, -beratung und -erholung.

Studienergebnisse zur Nutzung frühpädagogischer Angebote verdeutlichen, dass diese einen entscheidenden Beitrag zur Förderung der sozialen Teilhabe geflüchteter Eltern und ihrer Kinder leisten (vgl. Blossfeld u.a., 2016; Gambaro/Neidhöfer/Spieß, 2019). Zugleich zeigt sich, dass Kinder geflüchteter Eltern frühpädagogische Angebote insgesamt seltener und später nutzen als Kinder von Eltern ohne Fluchterfahrung (vgl. Gambaro u.a., 2017). Kindern aus fluchterfahrenen Familien niedrigschwellig den Besuch einer Kindertageseinrichtung zu eröffnen, stellt somit eine wichtige integrations- und bildungspolitische Aufgabe dar.

Unterschiedliche Einflussfaktoren erschweren diese Aufgabe. Das beginnt bereits bei den rechtlichen Gegebenheiten: Grundsätzlich gilt gem. § 24 SGB VIII ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch für Kinder von geflüchteten Personen – wenn von einem *gewöhnlichen Aufenthalt*¹ in Deutschland ausgegangen werden kann (Meysen/Beckmann/González Méndez de Vigo, 2016). Bspw. für das Bundesland Niedersachsen, auf das der vorliegende Beitrag fokussiert, gilt jedoch in der Praxis, dass dieser Rechtsanspruch erst nach dem Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung und der Zuweisung zu einer Kommune gewährt wird (Deutsches Institut für Menschenrechte, 2017).² Das bedeutet, dass häufig wesentlich mehr als die gesetzlich vorgesehenen sechs Monate vergehen, bis Kinder aus fluchter-

Geflüchtete Familien in Deutschland

Nutzung und Nutzen frühpädagogischer Angebote

Zugang zu frühpädagogischen Angeboten zwischen Rechtsanspruch und Praxis

mehr auf www.neue-praxis-shop.de

1 Nach § 30 Abs. 3 SGB I hat eine Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt dort, wo sie sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass sie an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt.

2 Während einige Bundesländer Kindern mit familiärer und/oder eigener Fluchterfahrung die Teilnahme an frühpädagogischen Angeboten direkt ab Ankunft in Deutschland gewähren, gestatten andere den Zugang erst nach dem Umzug aus der Erstaufnahmeeinrichtung in eine private Unterkunft, nach der Genehmigung eines Asylantrags oder nach der Erteilung einer geduldeten Aufenthaltserlaubnis (bekannt als Duldung) (vgl. Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention, 2017).

Linda Schumilas

Sexualisiert übergriffige Kinder und Jugendliche

Sozialpädagogische Interventionen in der stationären Jugendhilfe

1 Einleitung

Die Aufdeckung von Fällen sexualisierter Gewalt¹ gegen Kinder in Münster, Bergisch Gladbach oder Lütje hat das Ausmaß und die Aktualität dieses Themas einmal mehr verdeutlicht. So muss davon ausgegangen werden, dass in jeder Schulklasse ein bis zwei Kinder betroffen sind (vgl. BMFSFJ, 2020).

In der öffentlichen und auch fachlichen Diskussion geht es meist um erwachsene männliche Täter, gelegentlich wird auch über die Rolle von Frauen als Täterinnen gesprochen. Dass allerdings Kinder und Jugendliche selbst einen relevanten Teil der Täter:innen ausmachen, bleibt in dem Diskurs oft außen vor. Laut Bundeskriminalamt (BKA) lag im Jahr 2019 der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bei 32,1 Prozent (vgl. BKA, 2019: 21). In retrospektiven Studien zu erwachsenen Sexualstraftätern wird deutlich, dass 40 bis 60 Prozent von ihnen bereits im Kindes- oder Jugendalter sexualisiert übergriffiges Verhalten zeigten (vgl. König, 2012: 68).

Für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die sexualisiert übergriffig oder grenzverletzend² geworden sind, gibt es in Deutschland 42 Einrichtungen (Stand 2021) der stationären Kinder- und Jugendhilfe sowie weitere ambulante und therapeutische Angebote, die mit dieser Gruppe arbeiten (vgl. DGfPI, 2021: o.S.). Die Herausforderung sozialpädagogischer Arbeit besteht dabei »in der Gratwanderung zwischen der hohen präventiven Verantwortung im Hinblick auf prognostische Risiken (...) und der Gefahr, durch Überbetonung der prognostischen Gefährdung ein sexuell aggressives Kind oder einen Jugendlichen in die Rolle des zukünftigen Sexualstraftäters zu stigmatisieren« (Hoffmann/Romer, 2016: 120).

Der Beitrag zeigt auf, wie sich die Praxis der Sozialen Arbeit mit dieser Klientel vor dem Hintergrund des Balanceaktes zwischen Prävention und Entwicklungsmöglichkeiten ausgestaltet und soll einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Praxis leisten. Die forschungsleitende Frage lautet daher: *Wie stellt sich die sozialpädagogische Arbeit mit sexualisiert übergriffigen Jungen in der stationären Jugendhilfe aus Sicht der Fachkräfte dar?* Zur Beantwortung der Frage werden fünf leitfadengestützte Interviews mit sozialpädagogischen Fachkräften aus fünf Einrichtungen ausgewertet.

¹ Die Verwendung des Begriffs sexualisierte Gewalt soll verdeutlichen, dass Sexualität zweckentfremdet wird, um gewalttätige Handlungen auszuüben (vgl. UBSKM, o.D.).

² Als sexuelle Grenzverletzung wird sexualisiertes Verhalten bezeichnet, bei dem die Grenzen anderer unabsichtlich oder aufgrund fehlender Kenntnisse angemessenen Verhaltens überschritten werden. Im Gegensatz dazu stehen sexualisierte Übergriffe. Bei diesen werden Grenzen anderer bewusst verletzt oder eine einhergehende Verletzung dieser geduldet (vgl. Rieske et al., 2018: 5).

Kinder und Jugendliche als Täter:innen

Gefährdung vs. Stigmatisierung

Prof. Dr. Benno Hafeneeger

Corona-Zeiten: Vernachlässigte Reflexionen in pädagogischen Welten

Mit der Ausbreitung und den Phasen der Pandemie hat sich mit den unterschiedlichen pandemiebedingten Maßnahmen und Einschränkungen das ganze Leben in allen gesellschaftlichen Bereichen und Beziehungen sowie in allen Bevölkerungsgruppen verändert; so auch für die junge Generation. Die Auswirkungen und Folgen von Corona in den unterschiedlichen pädagogischen Welten – in Kitas, Schule, Jugendarbeit und Hochschule – sind für die junge Generation wiederholt beschrieben und in mehreren Studien untersucht worden. Wiederkehrend werden die neue Sichtbarkeit von Bildungsungleichheit, die Lernrückstände und die Grenzen beim Homeschooling in den Lockdownphasen und bei den Schulschließungen genannt. Ausgewiesen werden Daten zu vielfältigen psycho-sozialen Problemen, Belastungen und Sorgen, der zeitlichen Zunahme der digitalen Kommunikation und einem familienzentrierten Leben, dann zur Bewegungs- und Sportarmut und vor allem den fehlenden Sozial- und Begegnungskontakten in den vielfältigen Gesellungsformen, den organisierten und informellen jugendlichen Freizeit-, Beziehungs- und Kommunikationswelten. Beschrieben werden weiter Folgen von Gefühlsschwankungen und Gefühle wie Erosion der Zeitstruktur, Überforderung und Stress, Einsamkeit und Erschöpfung, Hilflosigkeit und Zukunftsungewissheit.

Dies sind bedeutsame Ausschnitte der Folgen und Betroffenheiten, die mit Blick auf die Herkunft, die soziale Lage und häusliche Lebenssituation von Jugendlichen unterschiedlich bedeutsam und ausgeprägt sind. Insgesamt zeigt sich ein differenziertes Spektrum von Verarbeitungs- und Umgangsformen mit der Pandemie, aber es gilt generell, dass die junge Generation in ihrer Entwicklung, ihrem pubertären und adoleszenten Leben vorübergehend »irritiert«, »ausgebremst« und »blockiert« wurde und wird. Das bisher als »normal« bezeichnete Jugendleben konnte und kann phasenweise nicht mehr in seinem Alltag, seinen repetitiven Gewohnheiten und Rhythmen – aber immer auch spontan, prä-reflexiv und experimentell – gelebt werden; es unterliegt den jeweiligen Pandemieregeln und wird damit reguliert.

Es gibt darüber hinaus weitere bedeutsame Erfahrungen der jungen Generation, die in ihren Folgen und Auswirkungen bisher kaum untersucht und reflektiert worden sind. Dies meint Krisenerfahrungen mit Unterbrechungen von Routinen in den Mikrowelten und -prozessen, mit ihren Handlungsroutinen und gewohnten Praktiken sowie pubertären und adoleszenten Dynamiken. Im neuen – pandemisch geprägten – pädagogischen Alltag berührt dies ihre Lebensthemen und Gefühlswelten sowie die immer auch emotionsbasierten Lern- und Beziehungswelten. Unter den einschränkenden Bedingungen – den Schließungen von pädagogischen Einrichtungen, Homeschooling und Wechselunterricht, Hygieneregeln und Abstands-Maskenpflicht – können sie nicht mehr bzw. nur sehr eingeschränkt gelebt und ausagiert werden. Eine solche Wirklichkeit auszuhalten und neu auszubalancieren ist eine große Herausforderung für die junge Generation. Auf vier erzwungene Herausforderungen will ich hinweisen und fragen, was die (Post-)Pandemiezeit für die pädagogischen Welten bedeutet.

Klaus Kraimer

Soziale Arbeit als Profession im Modus operandi stellvertretender Krisenbewältigung

Zur Erinnerung an Ulrich Oevermann (1940-2021)

Ulrich Oevermann war seit 1977 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 2008 Professor für Soziologie und Sozialpsychologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er ist am 11. Oktober des Jahres 2021 verstorben. Als prominenter und einflussreicher Professionstheoretiker hat er sich explizit den Belangen der Sozialen Arbeit gewidmet und zu deren Entwicklung als Profession beigetragen.

Sein Werdegang: Studium der Soziologie, Ethnologie, Psychologie, Geschichtswissenschaft und Philosophie in Freiburg/Breisgau, München, Mannheim, Heidelberg und Frankfurt am Main. Promotion mit einer empirischen Arbeit über »Sprache und soziale Herkunft«, wissenschaftlicher Assistent in Frankfurt bei Jürgen Habermas, Leiter des Projekts »Elternhaus und Schule« am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, Leitung des Projekts »Struktur und Genese professionalisierter Praxis als gesellschaftlichen Ortes stellvertretender Krisenbewältigung« im Sonderforschungsbereich/Forschungskolleg »Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel« an der Universität Frankfurt am Main. Luhmann-Gastprofessor an der Universität Bielefeld. Fellow am Hanse-Wissenschaftskolleg Delmenhorst, Mitglied der study group »Rekonstruktive Sozialforschung« (2011-2018) und seit 2018 bis zu seinem Tod Mitglied der study group »Tötungshandlungen in Einrichtungen des Gesundheitswesens.«¹

Diese kurze Würdigung erinnert an seine Professionalisierungstheorie, in deren Zentrum die *stellvertretende Krisenbewältigung* steht. Als Modus operandi im Prozess der akademischen Einsozialisation durch die Disziplin im Studium erzeugt, gewinnt diese – über die Verfügbarkeit einer strukturerschließenden Methode und die Fähigkeit, ein Arbeitsbündnis zu erzeugen – in der Praxis allmählich ihre generative Kraft und erhält durch methodische Supervision, in der die Beteiligten als ganze Menschen thematisch sind, eine Beratung, die eine Auflösung strittiger Fälle methodisch begründet herüberführen lässt (vgl. Oevermann, 2003). Zu dem hier vorgetragenen Anliegen, das von Ulrich Oevermann zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit eingebrachte Gedankengut in Erinnerung zu rufen, gehört, Soziale Arbeit als integratives Konzept von Sozialpädagogik und Sozialarbeit zu verstehen, wie dies Hans-Uwe-Otto und Hans Thiersch (2011: V) programmatisch formuliert haben, um Traditionen zu stabilisieren und fortzuschreiben. Erfahrungen und Erkenntnisse können auf diese Weise sozialwissenschaftlich inspiriert sowie gesellschafts- und sozialpolitisch engagiert und interdisziplinär offen gestaltet werden, so auch die Oevermannsche Auffassung von dem, was die Soziale Arbeit als Profession zu leisten hat, etwa um den aktuell virulenten Deprofessionalisierungstendenzen entgegenzuwirken.

1 Eine detaillierte Aufstellung seines akademischen Lebenslaufes findet sich in Garz/Kraimer/Riemann (2019: 98 ff.). Dieses Buch ist im Kontext unserer gemeinsamen Arbeit am Hanse-Wissenschafts-Kolleg entstanden, es beruht auf der von uns initiierten Zusammenarbeit von Fritz Schütze und Ulrich Oevermann, die wir als äußerst gewinnbringende Tätigkeit erleben durften. Beide dieser Professionssoziologen tragen bis heute wesentlich zu den Möglichkeiten einer »gelingenderen« Praxis (Thiersch) bei; wir sind dankbar, dass wir die damit verbundenen Einblicke in die biografischen Voraussetzungen, die Entstehungsgeschichte und die Gestalt rekonstruktiver Forschungsansätze in einer Atmosphäre des Vertrauens gewinnen konnten.

Trends • Kommentare • Dokumentationen • Informationen

Information

Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit 2022

Soziale Arbeit und Macht

81. Jahrestagung

26. bis 28. Mai 2022 im Haus Neuland (Bielefeld)

Mit den aktuellen gesellschaftlichen und der Pandemie geschuldeten Umbrüchen gehen Auseinandersetzungen um Gerechtigkeit, soziale Teilhabe, Nachhaltigkeit und die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums einher. Der gerade stattfindende politische Wandel ist auch Ausdruck eines tief reichenden sozialen Wandels. Dabei ist stets zu fragen: Wer schafft mit welcher Macht und welcher Legitimität welche gesellschaftlichen Realitäten?

Soziale Arbeit hat bereits vor der Pandemie neue Handlungsfelder gewonnen und verzeichnet in fast allen Bereichen personellen Zuwachs. Trotz der damit angezeigten gesellschaftlichen Bedeutsamkeit/Notwendigkeit (?) Sozialer Arbeit sind viele Fachkräfte verunsichert und erleben sich als relativ machtlos.

Kann Soziale Arbeit ihrer eigenen zentralen Aufgabe der (Mit-)Gestaltung des sozialen Wandels gerecht werden, oder unterwirft sie sich – in einem ›Kampf um Anerkennung‹ – den Deutungs-
hoheiten anderer Felder und Systeme, mit denen sie kooperiert? Und was genau wären dann die Faktoren, die dazu beitragen, dass Soziale Arbeit anscheinend so leicht (z.B. im Verhältnis zum Gesundheitswesen) dominiert werden kann?

Im Rahmen der Jahrestagung 2022 soll ausgehend von einer Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse und -strukturen nach dem Umgang Sozialer Arbeit mit der Macht gefragt werden. Dazu werden einige für die Praxis Sozialer Arbeit besonders bedeutsame Machtkonstellationen diskutiert (z. B. das Verhältnis zum Gesundheits- oder Bildungswesen, zur Justiz, zu Politik und Verwaltung, zu Sozialen Medien).

In Workshops werden dann Praxisfelder (wie etwa Schulsozialarbeit, stationäre Jugendhilfe, u.a.) in den Blick genommen, orientiert an der zentralen Fragestellung: Welche konkreten Interessen

werden in den verschiedenen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit von wem (>der< Gesellschaft, den Adressat*innen, den Professionellen selbst) wie durchgesetzt?

Abschließend wird der Frage nachgegangen, welche Bemächtigungsstrategien für diejenigen gesellschaftlichen Gruppen denkbar sind, für die Soziale Arbeit einzutreten hat. Welche Erfahrungen mit und Arbeitsansätze für >Empowerment< gibt es bereits, und wie lassen sich daraus in Zukunft machtvolle(re) professionelle Handlungsstrategien für die Soziale Arbeit entwickeln?

[Wir beobachten die aktuellen Entwicklungen rund um die Corona-Epidemie und werden über Neuerungen bezüglich der Jahrestagung sowohl auf unserer Homepage als auch über die des Haus Neulandes informieren.]

Organisation

Tagungsort:

Haus Neuland, Bielefeld / Sennestadt
Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld
Telefon: 05205 9126-0, Telefax: 05205 9126-20
Email: info@haus-neuland.de
www.haus-neuland.de

Tagungspreise:

| | |
|--|----------|
| Mehrbettzimmer Economy (Sonderpreis) | 125,00 € |
| (Für ALG II-, Sozialhilfe- und AsylbLG-Leistungsempfänger*innen sowie für selbstzahlende Studierende. Bitte geben Sie bei der Anmeldung das Mehrbettzimmer Economy an und schreiben in die Bemerkung, zu welcher Personengruppe Sie gehören) | |
| Mehrbettzimmer Economy | 180,00 € |
| Doppelzimmer Komfort | 228,00 € |
| Einzelzimmer Komfort (nur begrenzt) | 300,00 € |
| Für Kinder inkl. Übernachtung und Verpflegung (Kinder bis 6 Jahre kostenfrei; Betreuungsbedarf bitte bei der Geschäftsführung der Gilde Soziale Arbeit e.V. anmelden) | 79,40 € |
| Shuttle vom Bhf. Oerlinghausen (pro Fahrt) | 5,00 € |
| Shuttle vom Bahnhof Bielefeld (pro Fahrt) | 8,00 € |

Mitglieder können bei der Geschäftsführung der Gilde einen Zuschuss von 21,00 € beantragen.

Anmeldung bitte bis zum Sonntag, dem 01. Mai 2022 über Haus Neuland:

<https://www.haus-neuland.de/bildungsangebote/seminarsuche>
[Belegungscode: #40448]

gilde soziale arbeit e.V.

Geschäftsführung

c/o Sächsische Landjugend e.V.

Unterer Kreuzweg 6

01097 Dresden

E-Mail: geschaeftsfuehrung@gilde-soziale-arbeit.de

Donnerstag, 26. Mai 2022

Moderation: Prof. Ullrich Gintzel

- 09:30 Begrüßung und Einführung
Prof. Ullrich Gintzel (*Sprecher des Gildeamtes*)
Literarischer Moment (*Andreas Borchert*)

Thematischer Schwerpunkt
Analysen und Reflexionen

- 10:00-11:30 Soziale Arbeit und Macht – Auslotung mit ungewissem Ausgang
Prof. 'in Dr. 'in Margrit Brückner, i.R.
(*Frankfurt University of Applied Sciences*)
- 11:30-12:00 Zwischendiskussionen und Murrelgruppen
- 12:00-12:30 Abschlussdiskussion im Plenum
Mittagessen
- 14:30-16:00 Soziale Arbeit als Regierungsform
Prof. 'in Dr. 'in Susanne Maurer (*P.-Universität Marburg*)
Prof. Dr. Fabian Kessl (*Bergische Universität Wuppertal*)
Ju.-Prof. 'in Dr. 'in Martina Richter (*Uni Duisburg-Essen*)
- 16:30-17:00 Stille Diskussion anhand der Thesen aus dem Vortrag
- 17:00-18:00 Abschlussdiskussion im Plenum
Abendessen
- 19:30 Kulturelle Angebote der Teilnehmenden (*ad hoc vor Ort*)
und Beginn der AG »Bielefelder Erklärung«

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, 25. Mai 2022

- 20:00 Mitgliederversammlung (offen für alle Interessierten)
danach Gespräche am Kamin (Kennenlernen und Informationen)
-

Freitag, 27. Mai 2022 (Teil 1)

Moderation: Prof. 'in Dr. 'in Susanne Maurer

Thematischer Schwerpunkt

Interessen, Druck und Definitionshoheit

- 9:00 Literarischer Moment (*Andreas Borchert*)
- 9:15-10:45 **Fachforum 1:** Soziale Arbeit und das Gesundheitswesen
(Prof. Dr. Birgit Bütow (*P.-L.-Universität Salzburg*))
Fachforum 2: Soziale Arbeit und die Justiz
Prof. Dr. Reinhold Schone (*FH Münster*)
Sarah Blume (*ISSW – TU Dresden*)

- Fachforum 3:** Soziale Arbeit und das Bildungswesen
Dr.'in Konstanze Wetzel
Prof. Dr. Friedemann Affolderbach (HTWK Leipzig)
- 11:00-12:30 **Fachforum 4:** Soziale Arbeit und Politik & Verwaltung
Georg Grohmann (BAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit)
Melissa Manzel (Vorstand DBSH)
- Fachforum 5:** Soziale Arbeit und Kirchen
Lisi Maier (stellv. Vorsitzende Deutscher Frauenrat)
- Fachforum 6:** Soziale Arbeit und soziale Medien
Judith Tuchscheerer und Jerome Trebing (Amadeu Antonio Stiftung)
- Mittagessen*
- 14:30-18:00 **Workshop 1:** Herausforderungen in der Schulsozialarbeit
Jakob Manzeck (Schulsozialarbeiter; P.-U. Marburg)
- Workshop 2:** Careleaver als Selbstermächtiger*innen
n.n. (Careleaver des Careleaver-Zentrum Dresden)
- Workshop 3:** Soziale Arbeit – Frauen* – Flucht
Bianca Fiedler (Gesundheitsamt Marburg-Biedenkopf, P.-Universität Marburg)
Anne Reber (P.-Universität Marburg)
- Workshop 4:** Sozialreportagen als Ermächtigung
Dr.'in Konstanze Wetzel

Freitag, 27. Mai 2022 (Teil 2)

Moderation: Prof.'in Dr.'in Susanne Maurer

- 14:30-18:00 **Workshop 5:** Machtstrukturen im Bereich der politischen Bildung unter Zugriff rechtspopulistischer Strömungen
Studierende (HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen)
- Workshop 6:** »Ohne Angst verschieden sein« – (Hegemoniale) Deutungsansprüche in der Migrationsgesellschaft und die Konzepte Cultural Studies, Postkolonialismus und Reflexive Interkulturalität
Prof. Dr. Peter Nick (Hochschule Kempten)
- Workshop 7a:** Mikropolitik und Professionalität
Katharina Meyer (Promotionsstipendiatin der SDW; Otto-Friedrich-Universität Bamberg)
- Workshop 7b:** Wie offen ist die Offene Jugendarbeit?
Ioanna Menhard (P.-Universität Marburg)
- Abendessen*
- 19:30 Historische Perspektive: 100 Jahre Gilde Soziale Arbeit – Ein- und Ausblicke auf das Buch und das Jubiläum
Mitglieder des Gildeamtes

Samstag, 28. Mai 2022

Moderation: Andreas Borchert

Thematischer Schwerpunkt

Macht muss Mensch sich nehmen

- 9:00 Literarischer Moment (*Andreas Borchert*)
- 9:15-11:15 **Fishbowl-Diskussion:** »Macht muss Mensch sich nehmen«
Tobias Burdukat (Dorf der Jugend Grimma)
Rike Post (Aktivistin aus Koblenz)
Careleaver (Careleaver-Zentrum Dresden)
Jessica Eckhardt (Ostfalia Hochschule)
Heinz Hilgers (Präsident Deutscher Kindschutzbund Bundesverband e.V.)
Dr.'in Denise Bergold-Caldwell (P.-U. Marburg, ZfGSufZf)
- 11:30-12:00 »**Bielefelder Erklärung**« und Verabschiedung

np-Sonderheft 16

Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit

Zur Gewährleistung demokratischer Teilhabe an Forschungsprozessen

Florian Eßer/Clarissa Schär/Stefan Schnurr

Die Soziale Arbeit in den Englisch und Spanisch sprechenden Ländern praktiziert partizipative Forschung in großer Selbstverständlichkeit. Für die Soziale Arbeit in den Deutsch sprechenden Ländern spielt partizipative Forschung zurzeit jedoch kaum eine Rolle. Partizipation ist in der akademischen Sozialen Arbeit zwar durchaus ein Thema – aber als Postulat für die Handlungspraxis, nicht für die Forschungspraxis.

Sozialpädagogik und Soziale Arbeit stehen vor der Herausforderung, Positionierungen und Beteiligungsstrukturen in ihrer eignen Forschungspraxis kritisch zu reflektieren. Sie stehen vor der Herausforderung, sich der Anliegen und der persönlichen und zivilgesellschaftlichen Rechte jener Personen, die durch eigene Betroffenheiten und ihre gelebte Erfahrung mit dem Gegenstand der Forschung verbunden sind, stärker zu vergewissern und diesen Personen neue Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen – auch in der Forschung.

Das Sonderheft 16 der neuen praxis möchte die deutschsprachige Sozialpädagogik und Soziale Arbeit dazu einladen, sich mehr als bisher mit den Möglichkeiten auseinanderzusetzen, die partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit bietet. Dabei geht es nicht darum, partizipative Forschung als neuen »one-best-way« auszurufen. Stattdessen will dieses Heft zur Auseinandersetzung mit einem Forschungsstil anregen, der in besonderer Weise dazu geeignet ist, die Rechte und Positionen nichtakademisch Forschender im Forschungsprozess zu stärken und transparent auszuhandeln.

Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit wird in epistemologischer, methodologischer, methodischer, forschungspraktischer und forschungsethischer Perspektive diskutiert und kritisch weiterentwickelt. Zwanzig Autor*innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz reflektieren – mit Bezug auf konkrete Forschungsprojekte aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit – Forschungskonzeptionen, Gütekriterien, Beteiligungsformen, Widersprüche und den Umgang damit. Ein sich durchziehendes Thema ist die Machtstrukturiertheit von Forschung – sowohl auf der Ebene des Wissenschaftssystems als auch auf der Ebene des einzelnen Forschungsprojekts.

Mit Beiträgen von:

Kathrin Aghamiri, Heiko Berner, Florian Eßer, Daphne Hahn, Rahel Heeg, Marilena von Köppen, Susanne Kümpers, Katharina Mangold, Rita Mouses, Angela Rein, Christian Reutlinger, Elisabeth Richter, Doris Rosenlechner-Urbaneck, Clarissa Schär, Dorothee Schaffner, Kristina Schmidt, Stefan Schnurr, Wolfgang Schröer, Miriam Sitter, Olivier Steiner, Michael Wrentschur

158 Seiten, für Abonnent*innen der np und SLR: 18,00 EUR

Für Nichtabonnent*innen: 22,00 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:

www.neue-praxis-shop.de

ISBN 978-3-9819474-2-7

np-Sonderheft 15

Rassismus in der Sozialen Arbeit und Rassismuskritik als Querschnittsaufgabe

Perspektiven für Wissenschaft und Praxis

Christine Hunner-Kreisel/Jana Wetzel

Rassismus, Diskriminierungs- und Othering-Prozesse sind keine neuen Phänomene in unserer Gesellschaft. Insbesondere im Zusammenhang mit dem europäischen Grenzregime und den Flucht- und Migrationsbewegungen des Jahres 2015 und 2016 lässt sich jedoch eine zunehmende und radikalisierende, gleichzeitig auch scheinbar selbstverständliche Orientierung an vermeintlich religiös und kulturell markierten Differenzierungen feststellen. Die zunehmende Akzeptanz von rechten und rassistischen Äußerungen und Praktiken auch jenseits organisierter, alter und neuer Strukturen der Rechten, kann in einen Zusammenhang mit dem Zugewinn an Wähler*stimmen der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im März 2016 sowie inzwischen über ihren Einzug als drittstärkste Partei in den deutschen Bundestag im Jahr 2017 gestellt werden. Neben Formen von direktem Rassismus, wie bspw. in Form von körperlichen Angriffen, eindeutigen Bezügen mit rassistischer Sprache oder Symbolik, existieren wesentlich subtilere Formen von Rassismus, die von einem Großteil der Weißen Mehrheitsangehörigen nicht erkannt oder benannt werden. Damit wird Rassismus aus der ›Mitte der Gesellschaft‹ ausgelagert und als Problem von individuellen Einstellungen sowie verkürzt als Vorurteile und Stereotypisierungen wahrgenommen, gedeutet und bearbeitet. Stattdessen muss Rassismus als Machtproduktion auf der Grundlage von rassistischen Herrschaftsstrukturen unserer Gesellschaftsordnung (an-)erkannt und thematisiert werden, um als Konsequenz die Betroffenheit aller in den Fokus der Analysen zu rücken.

Rassismus zeigt sich auch als wahrnehmungs- und handlungsleitend in Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit. Umso wichtiger ist es in Kontexten von Pädagogik und Sozialer Arbeit Räume für dekonstruierende Perspektiven zu fordern und nicht in homogenisierenden und essentialisierenden Unterscheidungslogiken, wie in interkulturellen Konzepten weit verbreitet, zu verbleiben. Es muss darum gehen, kritisch auf die gesellschaftliche und soziale Hervorbringung von Positionierungen zu blicken.

Mit Beiträgen von:

Kemal Bozay, Markus End, Yasmina Gandouz-Touati, Nissar Gardi, Farid Hafez, Shadi Kooroshy, Tobias Linnemann, Paul Mecheril, Claus Melter, Inga Oberzaucher-Tölke, Büşra Okcu, Kim Annakathrin Ronacher, Saphira Shure, Asmaa Soliman, Wolfram Stender, Erol Yıldız, Safiye Yıldız.

156 Seiten, für Abonnent*innen der np und SLR: 18,00 EUR

Für Nichtabonnent*innen: 22,00 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:
www.neue-praxis-shop.de

np-Sonderheft 13

Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit

Hrsg. von Albert Scherr und Gökçen Yüksel

Das Sonderheft leistet einen Beitrag zur Fundierung der Debatte über die Herausforderungen, mit denen Sozialstaat und Soziale Arbeit infolge der Zuwanderung von Flüchtlingen konfrontiert wird. Ausgehend von einer Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird der Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis Sozialer Arbeit als Hilfe und ihren Verstrickungen in die Strukturen des nationalen Wohlfahrtsstaates aufgezeigt: Flüchtlinge sind auf soziale Hilfen in besonderer Weise angewiesen, ihre Ansprüche auf Hilfen werden jedoch durch politische und rechtliche Festlegungen begrenzt und hierarchisiert. Damit stellt sich für die Soziale Arbeit als Disziplin und Profession die Herausforderung nach einer Positionsbestimmung. Dies sowohl in Bezug auf den politischen Diskurs wie auch für die Erfordernisse einer fachlich vertretbaren Praxis in ihren Arbeitsfeldern.

Unter Bedingungen fortschreitender Globalisierung erweist sich dabei eine nationalstaatliche Rahmung der Theorie und Praxis Sozialer Arbeit als unzureichend. Denn durch Flüchtlinge werden auch Sozialstaat und Soziale Arbeit mit den negativen Folgen einer Globalisierung konfrontiert, die weder zur Überwindung ökonomischer Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, noch zur Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten geführt hat. Daraus resultiert eine unabweisbare Bewährungsprobe auch für die Soziale Arbeit.

Der Band enthält Beiträge von:

Jutta Aumüller, Sybille De La Rosa, Marcus Emmerich, Niels Espenhorst, Larissa Fleischmann, Patrice G. Poutrus, Franz Hamburger, Ulrike Hormel, Susanne Johansson, Judith Jording, Sebastian Muy, Frank-Olaf Radtke, Albert Scherr, Karin Scherschel, David Schiefer, Elias Steinhilper, Norbert Struck, David Werdermann, Gökçen Yüksel

168 Seiten, für Abonnent_innen der np und SLR: 18,00 Euro,
für nicht Abonnent_innen: 22,00 Euro zzgl. Versand

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:
www.neue-praxis-shop.de

Edition np

Verlag neue praxis GmbH
Lahneckstraße 10
56112 Lahnstein
Tel.: 02621-187159
Fax: 02621-187176
E-Mail: info@verlag-neue-praxis.de
www.verlag-neue-praxis.de

Vergeltung ohne Ende? Über Strafe und ihre Alternativen im 21. Jahrhundert

Hrsg. Heinz Sünker/Knut Berner

Knut Berner: Verhüllte Nemesis – Blinde Justitia. Strafe als Vergeltung aus Sicht theologischer Ethik

Alexandra Grund: »... so sollst du geben Auge für Auge, Zahn für Zahn.« Vergeltung als Strafprinzip des Alten Testaments?

Knut Berner: Retributive Mentalitäten

Harald Seubert: Wunden des Geistes, die ohne Narben heilen? Hegel und die Frage von Schuld und Verzeihung

Sonja Murawski: Die Bedeutung von Durchsichtigkeit im Strafprozedere bei Franz Kafka und Michel Foucault

Reinhard Hörster: Veranlassungen, von Strafe in der Pädagogik zu reden – Sozialpädagogische Lektüren

Jochem Kotthaus: Strafe in der Kinder- und Jugendhilfe. »Wehe dem, der Wehe tut!« – Karl May, Im Lande des Mahdi

Rita Braches-Chyrek: Schuld – Normalität – Normativität

Micha Brumlik: Fritz Bauer, Adolf Eichmann, Immanuel Kant und Hannah Arendt. Die Frage nach den Grenzen strafrechtlicher Vergangenheitsbewältigung

Heinz Sünker: The Good, the Bad, the Ugly oder: Bildungsprozesse, Habitusformation, freier Wille und Verantwortung.

290 Seiten, kartoniert, 11,90 €.

ISBN 978-3-9810815-4-1

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag.

np – Sonder-Edition

Wissen im Schubser

»Wie geht's weiter mit Sozialer Arbeit?«

In 7 thematisch strukturierten Heften im lesefreundlichen und praktischen DIN A 6 Format wird von ausgewählten Autor*innen zu Kernthemen der Sozialen Arbeit kompetent, prägnant und kritisch Stellung genommen:

- Gesellschaftliche und sozialpolitische Perspektiven
- Professionalisierung und Ausbildung
- Forschung
- Dienstleistungsorientierung
- Profession, Managerialisierung und Wirkungsorientierung
- Bildung
- Capabilities Approach und Social Justice

Die Hefte (insgesamt 714 S.) werden in einer limitierten Auflage in einem ansprechenden Schubser zum Vorzugspreis von 24,90 € geliefert und sind zu beziehen über die Buchhandlung oder direkt über den Verlag ›neue praxis‹.

Mit Beiträgen von:

Mimi Abramovitz, Stefanie Albus, Sabine Andresen, Wassilios Baros, Karin Bock, Karin Böllert, Petra Bollweg, Jean-Michel Bonvin, Margrit Brückner, Micha Brumlik, Zoe Clark, Thomas Coelen, Stephan Dahmen, Gaby Flößer, Sarah-Christina Glücks, Catrin Heite, Reinhard Hörster, Roberta Rehner Iversen, Niels-Rosendal Jensen, Maria-Eleonora Karsten, Fabian Kessel, Christian Christrup Kjeldsen, Nina Kläsener, Alexandra Klein, Birte Klingler, Nadia Kutscher, Sandra Landhäußer, Thomas Ley, Walter Lorenz, Roland Merten, Heinz Messmer, Heinz-Günter Micheel, Simon Mohr, Richard Münchmeier, Melanie Oechler, Gertrud Oelerich, Andreas Polutta, Antoanneta Potsi, Thomas Rauschenbach, Martina Richter, Bettina Ritter, Andreas Schaarschuch, Albert Scheer, Mark Schrödter, Udo Seelmeyer, Heinz Sünker, Nina Thieme, Hans Thiersch, Werner Thole, Ulrike Voigtsberger, Arne Wohlfarth, Wei Zhang, Holger Ziegler

Herausgegeben von:

Bielefelder Arbeitsgruppe 8

In den nächsten Heften u. a.

- Mentoring-Programme und Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben. Ziele, Gestaltungsformen und empirische Befunde
- Engagement für soziale Gerechtigkeit als Lernergebnis – Eine Untersuchung zur Rolle des Praxissemesters und informeller Lernkontexte bei Studierenden der Sozialen Arbeit
- Drogenkonsum an Berufsschulen: Eine sozialökologische Perspektive
- Zugehörigkeit zu biografisch belasteten Vätern als Ambivalenzerfahrung: eine qualitative Studie zur Perspektive betroffener Töchter